



Was leistet sich die Staatskanzlei noch alles?

Offenkundig hat diese Landesregierung komplett die Bodenhaftung verloren. Die Hinweise, dass in der Staatskanzlei die bestbezahlteste Sekretärin des ganzen Landes sitzt, seien Anlass für „Fremdschämen über die Personalpolitik oder zumindest die Kommunikationspolitik der Staatskanzlei. Dies alles hätte es nicht gegeben, wenn die Sekretärin und der Mitarbeiter regulär eingestellt und nach Tarif bezahlt würden“, sagte Bodo Ramelow zu den Berichten, wonach sich Minister Jürgen Gnauck zu horrendem monatlichen Betrag eine Sekretärin und einen weiteren Mitarbeiter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung als Leiharbeiter leistet. Trotz massiver Nachfragen und heftiger Kritik hüllt sich die Landesregierung seit Monaten in Schweigen.

Es sei doch ein Unding, dass Arbeitsverhältnisse in der Staatskanzlei über Leiharbeit privatisiert würden und man so auch der unseligen Kommerzialisierung Vorschub leiste. Offenkundig sei auch, dass es in der Frage der Rückzahlungspflicht der Beihilfen an Staatskanzlei-Minister Gnauck selbst in der CDU unterschiedliche Einschätzungen gibt. Ein fünfstelliger Betrag an Steuergeldern gehöre eben nicht Herrn Gnauck persönlich, sondern der Allgemeinheit. „In beiden Fällen muss jetzt umgehend eingegriffen und für Klarheit gesorgt werden. Die Hausherrin sollte dringend Stellung beziehen, was unter ihrer Verantwortung vor sich geht“, so Bodo Ramelow. ■

Rege Beteiligung an Onlineplattform-Diskussion

Zu Beginn des Jahres hatte die Linksfraktion auf der Internetseite thueringen-fair-aendern.de einen digitalen Dialogprozess gestartet und die Bürgerinnen und Bürger zur Diskussion von 66 konkreten politischen Vorhaben aufgerufen. So vielfältig wie die dort angebotenen Vorschläge waren auch die Rückmeldungen in den Kommentaren.

Eine Forderung lautete beispielsweise, dass Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitssuchende in Betrieben und nicht überbetrieblich durchgeführt werden sollten. Ein Nutzer wünschte sich weitere Formen der Unterstützung für den ÖPNV, über die Schaffung eines thüringenweiten Verkehrsverbundes hinaus. Kritisiert wurde der Mangel an Angeboten und die teils hohen Eintrittspreise bei Kulturveranstaltungen im ländlichen Raum.

Bildungspolitik im Blickpunkt

Viele der Kommentare beziehen sich auf die Vorschläge zur Bildungspolitik, vor allem der Unterrichtsausfall sowie der Sanierungsstau bei den Schulgebäuden werden als drängendste Probleme beschrieben. Auch die Frage der Inklusion beschäftigt die Menschen. So gibt ein Lehrer aus Eisenach zu bedenken: „Der Weg der Inklusion muss behutsam und personell sowie konzeptionell unteretzt begangen werden.“ Die Linksfraktion sieht sich durch die Rückmeldungen und Kommentare bestätigt, dass eine

viel zu hohe Arbeitsbelastung aufgrund zu geringer Neueinstellungen und ein dringend zu lösender Investitionsstau hinsichtlich unserer Schulgebäude (und Sporthallen) als wichtigste Fragen angepackt werden müssen.

Das sind die eigentlichen großen Probleme der Schulen zur ausgehenden Legislatur und nicht überflüssige Streitereien über Schreibschrift, Notengebung und Sitzenbleiben. Allein im Schuljahr 2012/13 hätten schon

men der Lehrgesundheit zwingend erforderlich sein. Es müssen Möglichkeiten ausgebaut werden, bei denen Lehrerinnen und Lehrer mit besonderen Aufgaben – wie zum Beispiel Inklusion – Abminderungsstunden geltend machen können.

Besonders für ältere Lehrerinnen und Lehrer muss es eine Entlastung hinsichtlich ihres Arbeitsaufwandes geben, zum Beispiel durch Klassenleiterstunden. Inklusion und inklusive Schule müssen vom Kind aus gedacht werden.

Daher sind Multiprofessionalität und multiprofessionelle Teams der Kern einer inklusiven Schule. Nur mit Hilfe einer engen Zusammenarbeit von Lehrkräften, Fachkräften

der Sozial- und Sonderpädagogik, Schulpsychologie sowie anderen Professionen der Schulbegleitung können die pädagogischen Anforderungen auch wirklich dem Kind entsprechend geleistet werden. Hinzu kommen die außerschulischen Partner, wie z.B. Jugendhilfe aber auch Schul- und Kinderärzte.

Thüringen fair ändern – die Bildungspolitik wird ein Schwerpunkt auf diesem Weg sein müssen. Die Linksfraktion bedankt sich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit Kommentaren auf der Webseite thueringen-fair-aendern.de beteiligt haben, und freut sich auf weitere Beiträge und Hinweise.

www.thueringen-fair-aendern.de ■



etwa 520 Neueinstellungen vorgenommen werden müssen – nur etwa die Hälfte wurde realisiert. Faktisch bedeutet dies nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Um diese Entwicklung zu korrigieren, ist eine konsequente Schwerpunktsetzung bei der Bildungsfinanzierung im Landeshaushalt notwendig.

Zur Entwicklung des Thüringer Schulsystems gehört es, Bedingungen zu schaffen, damit junge Lehrerinnen und Lehrer sich hier wohl fühlen und sie gern an den Schulen im Freistaat arbeiten. Um den vorherrschenden Herausforderungen im Schulwesen angemessen begegnen zu können, werden neben notwendigen Neueinstellungen auch Maßnah-

Programm der Linksfraktion zum Tag der offenen Tür des Landtags

Am Samstag, den 21. Juni, findet in Erfurt in der Zeit von 10 bis 18 Uhr der Tag der Offenen Tür des Thüringer Landtags statt. Um 11 Uhr beginnt auf der Bühne am Beethovenpark die Gesprächsrunde der Fraktionsvorsitzenden, wo Bodo Ramelow für die Linksfraktion die politischen Schwerpunkte deutlich macht.

11.30 Uhr schließen sich thematische Gesprächsrunden mit Vertretern aller fünf Fraktionen an. Für die LINKE ist Dr. Johanna Scheringer-Wright, Sprecherin für Agrarpolitik, in der Runde „Klima schützen – Zeit zu handeln“, Susanne Hennig-Wellsow, Sprecherin für Bildungspolitik, ab 12.15 Uhr in der Runde „Fit für den Job durch gute Bildung“, Margit Jung, Sprecherin für Familienpolitik, ab 13



Uhr zu „Beste Bildung und Betreuung für unsere Kleinsten“, Tilo Kummer, Sprecher für Umweltpolitik, ab 13.45 Uhr zu „Umweltschäden durch Kaliproduktion – alte und neue Lasten für den Steuerzahler“ und Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik, um 14.30 Uhr in der Gesprächsrunde „Verkehrssicherheit statt Regelwut und Abzocke“.

Der Informationsstand der Fraktion DIE LINKE befindet sich wieder vor dem Haupteingang in der Jürgen-Fuchs-Straße. Mit dabei ist erneut der Kinderverein „Ottokar“ u.a. mit Facepainting. Ein pfiffiges Porträt können sich Besucher von der Schnellzeichnerin Fredicelli anfertigen lassen. Im Funktionsgebäude des Landtags in der 2. Etage befindet

sich mit dem Käte-Duncker-Saal der Sitzungsraum der Linksfraktion, in dem schon traditionell zum „Kaffee-Klatsch“ mit Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LINKEN eingeladen wird. Dazu rote Brause und Infos zu allen interessierenden Themen.

Im Fraktionsgebäude in der 4. Etage findet im Raum 440 in der Zeit von 13 bis 15 Uhr eine Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums e.V. statt, Thema: „Demokratie braucht Beteiligung – Auswertung der Kommunalwahlen in Thüringen“. Im gleichen Raum lädt die Linksfraktion in der Zeit von 15 bis 16.30 Uhr zu einem Gespräch mit dem Vorstand des Thüringer Blinden- und Sehbehindertenverbandes ein. ■

„Ihr müsst den Kalifusionsvertrag richtig kippen!“

**KULTUR IST GUT
FÜR ALLE**

www.die-linke-thl.de

Konferenz: Kultur (mit Plan) fördern

Zur Konferenz „Kultur (mit Plan) fördern“ laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. am 19. und 20. Juni nach Apfelstädt (bei Erfurt) ein.

Kulturakteure und Kultureinrichtungen brauchen dringend Planungssicherheit. Aus diesem Grund fordert die Linksfraktion seit Jahren ein Kulturfördergesetz für Thüringen, das Kultur als Pflichtaufgabe festschreibt und Förderinstrumente für alle kulturellen Sparten und Bereiche auf Nachhaltigkeit ausrichten kann.

„Ein solches Gesetz kann nicht am grünen Tisch entstehen. Es bedarf der Mitarbeit der Kulturakteure und auch der Kommunen“, so die kulturpolitische Sprecherin der LINKEN, Dr. Birgit Klaubert. „Deshalb wollen wir mit Kulturschaffenden, Politikern sowie interessierten Bürgern ins Gespräch kommen und gemeinsam Anforderungen an ein Kulturfördergesetz für Thüringen erarbeiten.“ So konnten neben Mitstreitern aus anderen Bundesländern auch Hilde Rektorscheck, die Begründerin der Kulturloge e.V., und Prof. Max Welch Guerra von der Bauhaus-Universität Weimar gewonnen werden. „Mit unserer Bundestagsabgeordneten Sigrid Hupach und der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz der LINKEN können wir allen Interessierten einen breitgefächerten Blick auf die Thematik anbieten.“

Auf großes öffentliches Interesse war die Anhörung des Umweltausschusses im Thüringer Landtag gestossen. Dieser hatte sich am 5. Juni mit den Vorgängen in Bischofferode vor mehr als 20 Jahren und den zum Teil noch immer höchster Geheimhaltung unterliegenden Kali-Verträgen, die Thüringen mit den Kosten der Altlastensanierung noch viele Jahre lang geradezu erdrücken, befasst.

Während die Vertreter des DAX-notierten Konzerns Kali+Salz regungslos ihre Papiere verlasen und mehr oder (vor allem) weniger zur Aufklärung beitrugen, offenbarten ehemalige Minister und Beamte teilweise große Erinnerungslücken.

Doch die Abgeordneten vor allem auch der Linksfraktion (neben Tilo Kummer als Ausschussvorsitzenden Sabine Berninger, Johanna Scheringer-Wright, Mike Huster und Diana Skibbe) ließen nicht locker, hakten immer wieder.

Bitteres Fazit: Es durfte keinen Wettbewerber geben

Wirklich bewegend und die aussichtslose Lage der Bischofferöder Kali-Kumpel klar machend, wurde es erst, als die mit dem Arbeitskampf unmittelbar verbundenen Zeitzeugen sprachen. „Dabei hatte alles für Bischofferode gesprochen: Das Produkt, das Unternehmen, der Markt“, so Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion. Er war Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV, hatte

den Betriebsrat in Bischofferode beraten. In der Anhörung machte er rückblickend – ausdrücklich in einer politischen Interpretation der Ereignisse – den Chemiekonzern BASF, dessen Tochterunternehmen Kali und Salz GmbH seinerzeit die ostdeutsche Kaliindustrie zur Marktvereinigung übernommen hatte, für die Schließung verantwortlich. Die BASF habe bekanntermaßen über beste Kontakte ins Kanzleramt verfügt, von

sagt, denn so unterstrich Gerhard Jüttemann, „Kali+Salz steckte damals hoch in den Verlusten“.

Mit Johannes Peine aber wollten sie „das Risiko eingehen, wollten weiter produzieren“. Und „das Land hätte ein Vorkaufsrecht gehabt“, Peine wäre mit 49 Prozent eingestiegen, aber Bernhard Vogel ist nicht darauf eingegangen, „weil er es gar nicht durfte“, hob Gerhard Jüttemann die Stimme. „So gnadenlos an die Wand

gefahren – was mit Herrn Peine gemacht wurde, ist eine Schande!“ Stille im großen Sitzungssaal. Wie schon zuvor als Johannes Peine um Fassung rang bei der Schilderung des üblen Spiels der Banken und wie er alles verlor. „Ihr müsst den Fusionsvertrag richtig kippen“, hat er den Abgeordneten auf den Weg gegeben.

Warum gab es keine separate Lösung?

Die Anhörung habe Chancen aufgezeigt, Forderungen an Thüringen bezüglich der Altlastenfinanzierung abzuwehren, sagte danach Tilo Kummer. „Bei der Bedeutung des Kaliberbaus in der ehemaligen DDR hätte dafür eine separate Lösung der Altlastenfrage analog des Vorgehens im Uran- oder Braunkohlebergbau gefunden werden müssen. Unklar sei, warum sich das Land überhaupt vom Bund „mit hat ins Boot ziehen lassen, schließlich gehörten die Kaliberwerke nach der Wende der bundeseigenen Treuhand“.

A. Rudolph

Foto: Peter Lahn



dort sei Hilfe gekommen.

„Hat man beihilferechtlich einen möglichen Wettbewerber vom Markt genommen? Das ist für mich die entscheidende Frage“, sagte Bodo Ramelow und war sich mit dem Unternehmer Johannes Peine, der Bischofferode retten wollte und überzeugende Konzepte vorgelegt hatte, und den ehemaligen Betriebsrat und PDS-Bundestagsabgeordneten Gerhard Jüttemann einig im bitteren Fazit: Bischofferode musste vom Markt verschwinden.

„Es durfte keinen Wettbewerber geben, damit die Subventionen nicht gleichmäßig verteilt werden mussten“, hatte auch Johannes Peine ge-

FRAKTION IN AKTION

Leben in Suhl

„Umbruch, Abbruch, Aufbruch – Leben in Suhl!“, lautet der Titel einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, dem Suhler GesprächsFORUM Alternativ und dem Kommunalpolitischen Forum. Am 13. Juni, 19 Uhr, geht es im Bankettsaal des CCS in Suhl vor allem darum, wie eine lebenswerte Stadt aussehen soll. Wie können (linke) stadtpolitische Alternativen und Handlungsmöglichkeiten aussehen? Was sind gute Beispiele und Ideen, wie Menschen ihre Stadt gestalten? Wie können sich Akteure bundesweit vernetzen, um damit auch auf weitere Auseinandersetzungen vorbereitet oder zur weiteren Gestaltung eines stadtpolitischen Wandels motiviert zu sein? Diese Fragen sollen gemeinsam diskutiert werden.

Mit Blick auf Investitionen und dringend benötigte Zuschüsse

„Die Thüringer Kommunen brauchen zur Aufstellung ihrer Haushalte für das nächste Jahr sichere Grundlagen. Da darf es, trotz der bevorstehenden Landtagswahl, keine Hängepartie geben“, reagierte MdL Frank Kuschel auf Äußerungen des Thüringer Finanzministers, wonach sich die Aufstellung des Landeshaushalts für die Jahre 2015 und 2016 erheblich verzögere. Die LINKE will nun in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags von Minister Dr. Wolfgang Voß wissen, auf welcher Datenbasis die Kommunen ihre Haushalte für das kommende Jahr aufstellen sollen und welche Auswirkungen eine verzögerte Aufstellung des Landeshaushalts haben wird. Abgeordneter Kuschel verweist besonders auf geplante Investitionen und dringend benötigte Zuschüsse an



Begleitet von Gabi Zimmer, Europaabgeordnete der LINKEN, waren Mitglieder der Linksfraktion auf Kommunaltour in Thüringen, wie hier im Landkreis Greiz, wo beim Talsperrenbesuch auch ein Gespräch mit der Bürgerinitiative „Talsperre Zeulenroda“ auf dem Programm stand.

Vereine und Verbände. „Schon in diesem Jahr hatten auf Grund der angespannten finanziellen Situation gut 400 Gemeinden und somit jede zweite Kommune zum 31. März noch kei-

nen beschlossenen bzw. genehmigten Haushalt. Diese Anzahl würde im kommenden Jahr dann nochmals erheblich steigen“, warnte der Kommunalexperte.

NSU-Ausschuss: Viele Fragen offen

Im Landtags-Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ wird derzeit der Abschlussbericht erarbeitet. Mehr als zwei Jahre wurde in mehr als 60 Sitzungen getagt, hunderte Stunden Sachverständigen- und Zeugenanhörungen wurden durchgeführt, tausende Ordner Aktenmaterial des Verfassungsschutzes, aus Innen- und Justizministerium, Polizei und Staatsanwaltschaften gewälzt. Ziel des Ganzen: die Verantwortung Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden im Zusammenhang mit dem „NSU“ und dessen Taten zu klären.

Fragen, die im Untersuchungsausschuss bisher nicht gestellt werden konnten oder nicht beantwortet wurden. Weil Zeugen sich nicht erinnern können oder wollen, weil Akten fehlen, weil die Unmengen an Daten in

Yozgat werden aufgrund dessen ebenso wenig thematisiert wie die Sprengstoffanschläge in Köln. So fehlt in weiten Teilen – zumindest im Thüringer Untersuchungsausschuss – die Opfer- und Betroffenenperspektive der migrantischen Community.

Es ist bedrückend.

Die Verantwortungslosigkeit der Verantwortungsträger in Bezug auf Entwicklungen der Neonazi-Szene macht bis heute sprachlos. Eine mangelnde Fehlerkultur ist bis heute feststellbar: nur wenige Zeugen waren es, die ihre eigene Verantwortung kritisch reflektierten. Der momentan in der Erarbeitung befindliche Abschlussbericht wird voraussichtlich mehr als 1200 Seiten umfassen.

Detailliert dargestellt die 90er Jahre und das Entstehen des NSU in seinem politischen Sozialisationsfeld – dem Thüringer Heimatschutz. En détail herausgearbeitet der Ablauf der Garagendurchsuchung am 26. Januar 1998 sowie die daran folgende Fahndung. Die Einsätze des Bundesamtes für Verfassungsschutz werden aufgelistet sein, die Ereignisse am 4. November 2011 in Eisenach angerissen.

Viel wurde in den zwei Jahren NSU-Untersuchungsausschuss geschafft – dafür gebührt dem Ausschuss Respekt. Jedoch: Zu viele Fragen und Widersprüche sind offen, zu viele Komplexe nicht bearbeitet.

Der Abschlussbericht kann nur formal einer sein. Inhaltlich muss es weitergehen. Die Chancen für einen weiteren Thüringer Untersuchungsausschuss zum Komplex „NSU“ in der kommenden Legislatur sind gut. Notwendig ist er. Ebenso notwendig wie eine Enquete-Kommission zum Thema Rassismus. Denn: „Das Problem heißt Rassismus“.



Beitrag von Katharina König (MdB, LINKE), Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss.

der zur Verfügung stehenden Zeit nicht in Gänze gelesen, geschweige denn ausgewertet werden können. Weil die Zeit fehlt. Weil es gesetzte Grenzen der Aufklärung gibt, die wir mit dem Thüringer Untersuchungsausschuss bei allem Willen und Engagement nicht übertreten können.

Der Ausschuss kann sich zwar mit den Ermittlungen bezüglich des Mordes an M. Kiesewetter in Thüringen selbst befassen, nicht aber mit dem Schwerpunkt der Ermittlungen, die in Baden-Württemberg stattfanden. Die rassistischen Morde an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık und Halit

Gelungen ist dem Ausschuss vor allem eines: detailliert die 1990er Jahre aufzuarbeiten und Verwicklungen des Landesamtes für Verfassungsschutz in die Neonazi-Szene anhand der geführten V-Leute nachzuweisen. Ebenso konnte der Untersuchungsausschuss systemisches Versagen in Bereichen der Sicherheitsbehörden sowie eine weitgehende Ignoranz der neonazistischen Szene durch die Politik herausarbeiten.

Die eigenen aber auch die Erwartungen aus Teilen der Zivilgesellschaft, von Opferangehörigen und Nebenklageanwälten an den Thüringer Untersuchungsausschuss waren jedoch höher. „Alles was ich noch möchte, sind Antworten“, formulierte Aysen Taşköprü, Schwester des 2001 ermordeten Süleyman Taşköprü in ihrem Brief an Bundespräsident Gauck. „Wer sind die Leute hinter der NSU? Warum ausgerechnet mein Bruder? Was hatte der deutsche Staat damit zu tun? Wer hat die Akten vernichtet und warum?“

Wir haben – trotz vieler Versuche – bisher keine Antworten auf diese Fragen. Es gibt Hinweise und Indizien, dass der „NSU“ keine Zelle, sondern ein Netzwerk war, es gibt Indizien, dass sowohl die Neonazi-Szene als auch V-Leute mehr über die Existenz des „NSU“ wussten, es gibt Hinweise und Indizien, dass der Verfassungsschutz nicht ohne Grund Akten vernichtete. Wir haben weiter Fragen.

KURZ UND PRÄGNANT

Grundschullehrer: Volle Zustimmung für die Forderung, die Schlechterstellung der Grundschullehrer mit DDR-Ausbildung zu beenden, hatte für die Linksfraktion der schulpolitische Sprecher Dirk Möller erklärt. Nun müssten den Worten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Werner Pidde „auch Taten folgen“. Er könne bereits in der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einem entsprechenden Änderungsantrag der LINKEN zum Besoldungsgesetz zustimmen.

Handwerkerordnung: Eine Evaluierung der Novelle der Handwerkerordnung aus dem Jahre 2004 hat der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Dieter Hausold, im Landtag gefordert. Nach zehn Jahren sei dies wirklich geboten. Von Interesse wären die Auswirkungen der Neuordnung der Handwerksrolle auf die Entwicklung der Unternehmen, auf ihre Ausbildungsleistung, also die Entwicklung der Anzahl der Gesellen, der Meister, auf Neugründungen oder eben auch auf Insolvenzen“.

Campustour: Um die hochschul- und wissenschaftspolitischen Positionen zu diskutieren, begibt sich die Linksfraktion in Kooperation mit der LAG Wissenschaft und Hochschule in der Zeit vom 10. Juni bis 9. Juli tageweise auf Campustour in Thüringen. Dabei geht es auch um das von der Fraktion in Auftrag gegebene Hochschulgutachten „Campus Thüringen – Perspektive durch Kooperation“.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemittelungen/

NACHRICHTEN

Betreutes Wohnen

Dass nach langer Bearbeitungszeit leider nur ein schlechtes Gesetz herausgekommen sei, hatte der Abgeordnete der Linksfraktion, Jörg Kubitzki, in der Landtagssitzung am 22. Mai das „Thüringer Gesetz über betreute Wohnformen und Teilhabe“ kritisiert. Zwar werden betreute Wohnungen für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen künftig genauer kontrolliert, aber es bleiben den Betreibern noch zu viele Interpretationsspielräume. Zum Glück setze sich „der Grundsatz ‚ambulante vor stationär‘ immer mehr durch“. Wichtig an diesem Gesetz sei, „dass die Menschen, die Pflege brauchen, als auch Menschen mit einem Handicap, die einen besonderen Betreuungsbedarf haben, in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt zu leben“, hatte der Abgeordnete in seiner Rede betont.



Immer wieder hatten die freiberuflichen Hebammen, die auch Geburtshilfe leisten, auf ihre prekäre Situation aufgrund der Existenz vernichtenden Haftpflichtprämien aufmerksam gemacht, wie hier am Rande der Landtagssitzung in Erfurt am 21. Mai. Dabei hatten sie vielfältige Unterstützung auch durch die Linksfraktion und ihre gleichstellungspolitische Sprecherin Karola Stange. Nun zeichnet sich vorsichtig eine Lösung des Haftpflichtproblems ab, nachdem jetzt der Bundestag befristete Zuschläge beschlossen hat, die die Krankenkassen und die Hebammenverbände für die Zeit ab 1. Juli aushandeln sollen.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem der Landtag vom 25. bis 27. Juni tagt, sind die nächsten und letzten Plenarsitzungen vor den Wahlen am 14. September für den 16. bis 18. Juli anberaumt.

Jahresempfang:

Der Jahresempfang der Fraktion DIE LINKE findet am Dienstag, den 8. Juli, ab 17 Uhr im Innenhof des Thüringer Landtags statt. Nach der Eröffnung durch den Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow spricht Gregor Gysi, Vorsitzender der Bundestagsfraktion.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:
www.die-linke-thl.de

Arbeit und Teilhabe sichern

Der Zugriff der Erwerbsarbeit auf unser Leben wird zunehmend totaler: Immer neue Bereiche des Lebens werden einer Ökonomisierung unterworfen und marktfähig gemacht. Auf der anderen Seite werden zunehmend Menschen aus dem Erwerbsleben bzw. den Normalarbeitsverhältnissen gedrängt und erleben sozialen und gesellschaftlichen Ausschluss. Perspektiven für Gute Arbeit und Teilhabe zu entwickeln, ist das Anliegen von zwei Veranstaltungen, auf die wir besonders hinweisen.

Welche Maßnahmen sind anzustreben, um wirtschaftliche Entwicklung bei Guter Arbeit für die Zukunft zu gewährleisten und die prekäre Beschäftigung zurückzudrängen? Wie kann der Zugang zu sozialen Dienstleistungen für alle Menschen garantiert werden? Wie kann in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit und Koordination der parlamentarischen und außerparlamentarischen Bündnisse vor Ort ausgebaut und gestaltet werden? Fragen, denen die Fachkonferenz „Arbeit und Teilhabe in Thüringen“, veranstaltet von der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und der Rosa Luxemburg Stiftung Thürin-

gen (RLS), nachgeht. Die Konferenz findet am Freitag, den 4. Juli, in der Zeit von 10 bis 16 Uhr in den Rosen-sälen der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Fürstengraben 27, statt.

Nach der Begrüßung durch Margit Jung (stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Thüringer Landtag) spricht Dr. Judith Dellheim (Referentin der RLS für Solidarische Ökonomie). Der Bedeutung von (Erwerbs-)Arbeit für ein selbstbestimmtes Leben geht Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel von der Humboldt-Universität Berlin nach. Prof. Dr. Klaus Dörre von der Friedrich-Schiller-Universität Jena spricht zur Fachkräfte- und Wirtschaftsentwicklung in Thüringen. Weitere Themen der Konferenz sind die Ökonomisierung des Sozialen und die Perspektiven der Sozialwirtschaft, die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf um Gute Arbeit und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten (Wolfgang Lemb, Geschäftsführender Vorstand IG Metall). Eine Diskussion zu neuen Perspektiven auf Arbeit und Teilhabe in Thüringen führen Ina Leukefeld, Wolfgang Lemb, Madeleine Henfling (Geschäftsführerin Landesfrauenrat Thüringen) und Prof. Dr. Klaus Dörre, bevor abschließend Ina Leukefeld, die

arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, nocheinmal das Wort ergreifen wird.

Offenes Fachgespräch im Haus Dacheröden

Die „Perspektiven für Gute Arbeit“ sind auch Thema eines offenen Fachgesprächs für Betriebs- und Personalräte sowie Interessierte, zu dem die LINKE Bundestagsfraktion am Mittwoch, den 9. Juli, um 18 Uhr nach Erfurt ins Haus Dacheröden einlädt. Nach der Begrüßung durch Ralph Lenkert, MdB, spricht Sandro Witt, stellv. Bezirksvorsitzender DGB Hessen-Thüringen: Für eine neue Ordnung der Arbeit in Thüringen.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion geht es um die „neuen Beschäftigungsverhältnisse in Thüringen“, mit dabei Caro Lobig, die als Journalistin verdeckt bei Zalando recherchierte. Wege zur Überwindung prekärer Beschäftigungsverhältnisse stehen im Mittelpunkt einer weiteren Podiumsdiskussion.

Abschließend referiert Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Thüringer Landtag zur „Nachhaltigen Wirtschaftsförderung für Gute Arbeit“.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Erinnerungskultur

Am 6. Juni 1944 landeten 170.000 Soldaten vor allem aus den USA, Großbritannien und Kanada in der Normandie. Die zweite Front gegen Deutschland und seine Verbündeten war eröffnet – sehr spät (Deutschland hatte den USA schon im Dezember 1941 den Krieg erklärt). Zu den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag waren zahlreiche Staats- und Regierungschefs in Frankreich angereist. Deutsche Erinnerungskultur ist in diesem Jahr besonders kreativ.

Die Rheinische Post lässt den kruppstahlharten Blick ihres Kommentators Matthias Beermann in die Ferne schweifen: Das Gedenken an die Invasion (nicht der „alliierten“ freilich, wie Beermann meint, sondern nur einiger Alliierten; die Sowjetunion, Mitglied der Antihitlerkoalition, kämpfte vor allem seit der Stalingrader Schlacht 1943 schon erfolgreich) erinnere an die „Situation von 1945“. Beermann nennt seine Geschichtsklitterung martialisch „Schlachtfeld-Diplomatie“: Man hoffe auf einen diplomatischen Durchbruch, „darauf, dass sich Putin auf den einstigen Schlachtfeldern darauf besinnt, wohin nationalistische Politik führen kann. Es ist eine Lektion, die gerade wir Deutsche gründlich gelernt haben“. Beermann selbst hat wohl nichts gelernt.

Der tapfere Kommentator aus der rheinischen Provinz benennt gratis eine „zweite wichtige Lehre aus der Vergangenheit“: „Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif. Sie zu verteidigen verlangt Opfer.“ Meist nicht unter den Schreibtischpropagandisten, die zum Krieg rufen.

„Die amerikanischen Soldaten, die 1944 aus den Landungsbooten sprangen, haben uns von Hitler befreit. Und vor Stalin bewahrt“, meint Beermann. Denn merke: schon früher, im Zweiten Weltkrieg, haben die USA, Deutschland und die Rheinische Post gegen Hitler und Stalin gekämpft.

Wolfgang Held: „Ich erinnere mich“



Der in Weimar lebende Schriftsteller Wolfgang Held legt seine Autobiographie vor. Unter dem Titel „Ich erinnere mich. Aufzeichnungen, Reisen und Tagebücher“ erscheint sie im Weimarer Eckhaus Verlag.

Die Laudatio bei der Vorstellung des Werks am 10. Juli, 19 Uhr, im Jugendtheater „stellwerk“ in Weimar, Schopenhauerstraße 2, hält Bodo Ramelow – auf ausdrücklichen Wunsch des 1930 geborenen Schriftstellers.

„Eine schwere Krankheit hat ihn gezwungen, über sich und sein Leben nachzudenken“, schreibt der Herausgeber der Autobiographie, Ulrich Völkel. Die im vergangenen Jahr erschienenen „Flugfunken“ (mit Kurzprosa) waren schon als Vermächtnis des schwer erkrankten Wolfgang Held bezeichnet worden. Doch dieses Nachdenken angesichts einer existenziellen Krise wiederfähre Held nicht zum ersten Mal, betont Völkel. Er bezieht sich dabei auf den Film „Einer trage

des anderen Last“ (DDR 1988), dessen Drehbuch Wolfgang Held geschrieben hat. Der Film sei auch einer seiner Anknüpfungspunkte an Wolfgang Held, hebt Bodo Ramelow ausdrücklich hervor.

Das dem Apostel Paulus zugeschriebene Motto (Galater 6, 2) illustriert eine beeindruckende Handlung: der Volkspolizist Josef Heiliger und der Vikar Hubertus Koschenz treffen Anfang der 1950er Jahre in einem Lungensanatorium zusammen und erlernen aneinander die Toleranz zwischen Marxisten und Christen. Die Geschichte ist die des Wolfgang Held. Er selbst war als junger Volkspolizist an Tuberkulose erkrankt und hatte das Zimmer mit einem gleichaltrigen Vikar geteilt.

Zur Bilanz seines schriftstellerischen Lebens zählen inzwischen allein 33 Romane und Kinderbücher sowie 14 Spielfilme.

Stefan Wogawa

Zuwendungen in Höhe von 931.000 Euro

Der LINKE Abgeordnete Frank Kuschel hatte kürzlich die 2531. Zuwendung der Alternative 54 Erfurt e.V. überreicht. Die Sportgemeinschaft „Einheit“ Arnstadt e.V. freute sich über die Förderung des 6. Bundespokalturniers Hallen-Boccia des Behindertensports. Insgesamt wurden im Mai über zehn Vereine mit Spenden bedacht. Die Bandbreite reicht vom Aktionskreis für Frieden, dessen Buchlesungsprojekt gefördert wurde, bis zum Freundeskreis GOLDENER SPATZ. Hier unterstützten wir verschiedene Kinder-Medienprojekte.

Insgesamt hat unser Verein seit seiner Gründung durch die PDS-Landtagsabgeordneten im Jahr 1995 bis heute über 931.000 Euro Zuwendungen ausgereicht. M. Funke

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.